



Amtsblatt

des Landkreises Germersheim

Ausgabe 19/2009 vom 03. Juli 2009

(E-Mail-Version)

Inhalt:

- 1. Bekanntmachung der Kreisverwaltung Germersheim:** Öffentliche / nichtöffentliche Sitzung des Kreisausschusses am Montag, 13. Juli 2009, 15:00 Uhr, Kreisverwaltung Germersheim, Luitpoldplatz 1, 76726 Germersheim, Sitzungssaal, 1. OG.
- 2. Bekanntmachung der Kreisverwaltung Germersheim:** Neufassung der Geschäftsordnung der Hauptsatzung des Landkreises Germersheim

- 1. Bekanntmachung der Kreisverwaltung Germersheim:** Öffentliche / nichtöffentliche Sitzung des Kreisausschusses am Montag, 13. Juli 2009, 15:00 Uhr, Kreisverwaltung Germersheim, Luitpoldplatz 1, 76726 Germersheim, Sitzungssaal, 1. OG.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Sachstand Stadtbahn Wörth-Germersheim
2. Beratung und Beschlussfassung über die Unterstützung des Projektes BBS-Bistro durch STAR-CARE Rheinland Pfalz e.V.

Nichtöffentlicher Teil

1. Beratung und Beschlussfassung über die Satzung und Richtlinien des Landkreises Germersheim über die Schülerbeförderung
2. Beratung und Beschlussfassung über die Förderrichtlinien „Schulsozialarbeit an Grundschulen“
3. Beratung und Beschlussfassung zur S-Bahn Rhein-Neckar, 2. Ausbaustufe, Germersheim-Bruchsal
4. Beratung und Beschlussfassung über das INTERREG IV Projekt "Tourismus in der trinationalen Metropolregion am Oberrhein"
5. Beratung und ggf. Beschlussfassung bezüglich des Projektes Industriepark Wörth GmbH

6. Personalangelegenheiten
7. Mitteilungen und Anfragen

gez.: Dr. Fritz Brechtel
Landrat

Diese Bekanntgabe ergeht zur Information der Mitglieder des Kreistages, die nicht dem Ausschuss angehören.

- 2. Bekanntmachung der Kreisverwaltung Germersheim:** Neufassung der Geschäftsordnung der Hauptsatzung des Landkreises Germersheim

HAUPTSATZUNG

des Landkreises Germersheim

vom 1. Juli 2009

Der Kreistag hat aufgrund

der §§ 11 b, 11 e, 12, 17, 18, 20, 25, 27, 37, 38, 41 und 44 der Landkreisordnung (LKO) in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 188), zuletzt geändert durch Art. 2 des Landesgesetzes vom 26. November 2008 (GVBl. S. 294), BS 2020-2,

der §§ 2 und 3 der Landesverordnung zur Durchführung der Landkreisordnung (LKO DVO) vom 21. Februar 1974 (GVBl. S. 102), zuletzt geändert durch LVO vom 24. Oktober 1994 (GVBl. S. 420), BS 2020-2-1, und

der §§ 2, 3, 4, 5, 7 und 15 der Landesverordnung über die Aufwandsentschädigung für kommunale Ehrenämter vom 27. November 1997 (GVBl. S. 435), zuletzt geändert durch Art 4 des Landesgesetzes vom 26. November 2008 (GVBl. S. 294) BS 2020-4.

des § 2 der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung vom 12. März 1991 (GVBl. S. 85), zuletzt geändert durch LVO vom 15. Januar 2009 (GVBl. S. 44) BS 213-50-3,

des § 25 des Landeskrankenhausgesetzes (LKG) vom 28. November 1986 (GVBl. S. 342), zuletzt geändert Landesgesetz vom 7. März 2008 (GVBl. S. 52), BS 213-50-3,

folgende Hauptsatzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Öffentliche Bekanntmachung

(1) Öffentliche Bekanntmachungen des Landkreises erfolgen, soweit durch eine Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist, im Amtsblatt des Landkreises.

Die öffentlichen Bekanntmachungen werden darüber hinaus ins Internet unter der Adresse: <http://www.kreis-germersheim.de> eingestellt.

(2) Karten, Pläne oder Zeichnungen und damit verbundene Texte oder Erläuterungen können abweichend von Absatz 1 durch Auslegung in einem Dienstgebäude der Kreisverwaltung zu jedermanns Einsicht während der Dienstzeit bekanntgemacht werden. In diesem Fall ist auf Gegenstand, Ort (Ge-

bäude und Raum), Frist und Zeit der Auslegung spätestens am Tage vor Beginn der Auslegung durch öffentliche Bekanntmachung in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt mindestens sieben volle Werktage. Besteht an dienstfreien Werktagen keine Möglichkeit der Einsichtnahme, so ist die Auslegungsfrist so festzusetzen, dass an mindestens sieben Tagen Einsicht genommen werden kann.

(3) Soweit durch Rechtsvorschrift eine öffentliche Auslegung vorgeschrieben ist, und diese Rechtsvorschrift keine besonderen Bestimmungen enthält, gilt Absatz 2 entsprechend.

(4) Dringliche Sitzungen des Kreistags oder eines Ausschusses können abweichend von Absatz 1 in der Tageszeitung „Die Rheinpfalz“ bekannt gemacht werden, sofern eine rechtzeitige Bekanntmachung im Amtsblatt nicht mehr möglich ist.

§ 2 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

Bürgerinnen und Bürger des Landkreises können nach Maßgabe des § 11 e Landkreisordnung über wichtige Angelegenheiten des Landkreises einen Bürgerentscheid beantragen.

2 a Einladungsfrist

Zwischen Einladung und Sitzung des Kreistages und seiner Ausschüsse müssen mindestens 7 volle Kalendertage liegen.

§ 3 Ausschüsse des Kreistags

(1) Der Kreisausschuss hat 16 Mitglieder. Für jedes Mitglied ist ein/eine Stellvertreter/in zu wählen (§ 38 LKO).

(2) Der Kreistag bildet neben dem Kreisausschuss folgende Ausschüsse:

1. Sozialausschuss
2. Ausschuss für Umweltschutz und Landwirtschaft
3. Ausschuss für Abfallwirtschaft
4. Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr
5. Rechnungsprüfungsausschuss
6. Schulträgerausschuss

(3) Die Ausschüsse gemäß Absatz 2 Ziffer 1 bis 6 haben 16 Mitglieder. Für jedes Mitglied ist ein/eine Stellvertreter/in zu wählen.

(4.) Die Mitglieder der Ausschüsse nach Abs. 2 Ziffer 1 bis 4 sowie der Schulträgerausschuss werden aus Mitgliedern des Kreistags und sonstigen wählbaren Kreisbürgern gebildet. Mindestens die Hälfte der Ausschussmitglieder sollen jedoch Mitglieder des Kreistags sein. Entsprechendes gilt für die Stellvertreter/innen dieser Ausschussmitglieder.

Für den Schulträgerausschuss gilt § 90 des Schulgesetzes entsprechend.

Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses und deren Stellvertreter werden aus der Mitte des Kreistags gewählt.

(5) Der Kreistag bestimmt das Nähere über die Aufgaben der einzelnen Ausschüsse.

§ 4 Übertragung von Aufgaben des Kreistags auf Ausschüsse

(1) Folgende Aufgaben des Kreistags werden zur Beschlussfassung dem Kreisausschuss übertragen:

1. die Vergabe von Aufträgen über 50.000 EUR, die Gewährung von Zuschüssen und sonstige Entscheidungen im Zusammenhang mit der Ausführung des Haushaltsplanes, soweit nicht ein sonstiger Ausschuss vom Kreistag damit beauftragt ist oder soweit nicht der Landrat kraft Gesetzes zuständig ist;
2. die Zustimmung zur Ernennung der Kreisbeamten des gehobenen Dienstes sowie zur Entlassung der Beamten auf Probe dieser Laufbahngruppe gegen deren Willen;
3. die Zustimmung zur Einstellung und Eingruppierung der dem gehobenen Dienst vergleichbaren tariflich Beschäftigte sowie zur Kündigung gegen deren Willen;
4. die Zustimmung zur Herausschiebung des Ruhestandsbeginns;
5. die Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen bis zu 50.000 EUR;
6. die Genehmigung von Verträgen des Landkreises mit dem Landrat, den Kreisbeigeordneten und dem leitenden staatlichen Beamten / den leitenden kommunalen Beamten bis zu einer Wertgrenze von 5.000 EUR;
7. die Verfügung über Kreisvermögen sowie die Hingabe von Darlehen des Landkreises, die Veräußerung und die Verpachtung von Eigenbetrieben oder Teilen von Eigenbetrieben über 50.000 EUR bis zu einer Wertgrenze von 100.000 EUR;
8. die Entscheidung über die Annahme oder Vermittlung von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gem. § 58 Abs. 3 LKO.

(2) Dem Kreisausschuss obliegt die Vorberatung der Beschlüsse des Kreistags über

1. den Haushaltsplan und die Finanzplanung
2. die Satzungen,
3. die Förderrichtlinien

(3) Der Kreistag kann unter Beachtung des § 25 Abs. 2 der Landkreisordnung die Beschlussfassung auch über sonstige Aufgaben Ausschüssen übertragen; seine Rechte nach § 37 Abs. 3 der Landkreisordnung bleiben unberührt.

§ 4a

Übertragung von Aufgaben des Kreistags auf den Landrat

Auf den Landrat wird die Entscheidung in folgenden Angelegenheiten übertragen:

1. Verfügung über Kreisvermögen sowie Hingabe von Darlehen des Landkreises, die Veräußerung und die Verpachtung von Eigenbetrieben oder Teilen von eigenbetrieben bis zu einer Wertgrenze von 50.000 EUR
2. Vergabe von Aufträgen und Arbeiten im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel bis zu einer Wertgrenze von 50.000 EUR.

§ 5

Kreisbeigeordnete

(1) Der Landkreis hat drei Kreisbeigeordnete.

(2) Für die Verwaltung werden vier Geschäftsbereiche gebildet.

§ 6

Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Kreistags

(1) Zur Abgeltung der notwendigen baren Auslagen und der sonstigen persönlichen Aufwendungen erhalten die Kreistagsmitglieder für die Teilnahme an Sitzungen des Kreistags eine Entschädigung nach Maßgabe der Absätze 2 bis 6. Für die Teilnahme an Sitzungen der Fraktionen, die der Vorbereitung von Kreistagssitzungen dienen, erhalten die Kreistagsmitglieder eine Entschädigung nach Maßgabe der Absätze 2, 3, und 6.

(2) Die Entschädigung wird gewährt in Form eines monatlichen Grundbetrages in Höhe von 36,00 EUR und eines Sitzungsgeldes in Höhe von 41,00 EUR. Der Jahresbetrag des monatlichen Grundbetrages wird um 50 v. H. gekürzt, wenn das Kreistagsmitglied an mindestens der Hälfte der in diesem Jahr stattgefundenen Kreistagssitzungen ohne triftigen Grund nicht teilgenommen hat oder von der Teilnahme ausgeschlossen war.

Fraktionsvorsitzende erhalten zusätzlich einen monatlichen Grundbetrag in Höhe von 52,00 EUR.

(3) Neben der Aufwandsentschädigung nach Absatz 2 werden die notwendigen Fahrtkosten für Fahrten zwischen Wohnung und Sitzungsort durch Ersatz der entstandenen Fahrtkosten für öffentliche Verkehrsmittel erstattet; soweit eigene Fahrzeuge benutzt werden, erfolgt Fahrgeldvergütung nach den Sätzen für anerkannt privateigene Kraftfahrzeuge. Für die Teilnahme an Fraktionssitzungen werden die Fahrtkosten in einer Form einer Pauschale in Höhe von jeweils 10,00 EUR erstattet.

(4) Neben einer Entschädigung nach Abs. 2 wird nachgewiesener Lohnausfall in voller Höhe ersetzt; er umfasst auch die entgangenen tarifvertraglichen und freiwilligen Arbeitgeberleistungen sowie den Arbeitgeberanteil zu den gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträgen. Auf Antrag wird der glaubhaft versicherte Verdienstaufschlag ersetzt, höchstens jedoch 41,00 EUR je Sitzung. Personen, die über ein Erwerbseinkommen nicht verfügen, denen aber im häuslichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder die Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten einen Ausgleich entsprechend dem Höchstsatz nach Satz 1.

(5) Neben der Aufwandsentschädigung erhalten die Kreistagsmitglieder für Dienstreisen Reisekostenvergütung nach den Regelungen des Landesreisekostengesetz.

(6) Bei Teilnahme an mehreren Sitzungen am gleichen Tage wird nur ein Sitzungsgeld gewährt. Die Zahl der Fraktionssitzungen, für die ein Sitzungsgeld gewährt wird, darf einschließlich der nach Satz 1 abgolgten Sitzungen jährlich fünf betragen.

(7) Jede Fraktion erhält zur Bestreitung von Geschäftsführungskosten einschließlich Fortbildungsmaßnahmen und zur Eigendarstellung in Selbstverwaltungsangelegenheiten einen Sockelbetrag in Höhe von jährlich 179,00 EUR sowie eine jährliche Entschädigung von 77,00 EUR je Kreistagsmitglied. Der Betrag ist je zur Hälfte zum 1. April und 1. Oktober jeden Jahres nach dem Stand des Halbjahres zu zahlen.

§ 7

Aufwandsentschädigung für Mitglieder von Ausschüssen

(1) Die Mitglieder der Ausschüsse des Kreistags erhalten eine Entschädigung in Form eines Sitzungsgeldes in Höhe von 41,00 EUR.

(2) Die Mitglieder sonstiger Ausschüsse und Beiräte, zu deren Kostentragung der Landkreis verpflichtet ist, erhalten eine Entschädigung nach Absatz 1, soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist.

(3) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des § 6 Absatz 3 bis 6 entsprechend.

§ 8

Aufwandsentschädigungen der Kreisbeigeordneten

(1) Die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten erhalten für den Fall der Vertretung des Landrats eine Aufwandsentschädigung in Höhe der Aufwandsentschädigung nach § 15 Absatz 2 Satz 1 KomAEVO. Eine nach Absatz 2 gewährte Aufwandsentschädigung ist anzurechnen.

(2) Die ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten, denen ein bestimmter Geschäftsbereich übertragen ist, erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 60 % des in der Kommunalen Aufwandsentschädigungsverordnung festgelegten Höchstbetrages.

(3) Ehrenamtliche Kreisbeigeordnete ohne Geschäftsbereich, die nicht Kreistagsmitglied sind und auch keine Aufwandsentschädigung nach Absatz 1 erhalten, erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen des Kreistags und der Ausschüsse die für Kreistagsmitglieder festgesetzte Aufwandsentschädigung. Das Gleiche gilt, wenn ehrenamtliche Kreisbeigeordnete an Sitzungen des Kreisvorstandes, an Besprechungen mit dem Landrat (§ 41 Absatz 3 LKO) oder an Fraktionssitzungen teilnehmen oder wenn sie den Vorsitz in einem Ausschuss führen (§ 40 Absatz 1 Satz 2 LKO) und ihnen hierfür keine Aufwandsentschädigung als Mitglied des Kreistags oder nach Absätzen 1 und 2 gewährt wird.

§ 9

Dienstaufwandsentschädigung des Landrats

Der Landrat erhält eine Dienstaufwandsentschädigung in Höhe des Höchstbetrages.

§ 10

Aufwandsentschädigung des Kreisfeuerwehrinspektors, seines ständigen Vertreters, des Kreisjugendfeuerwehrwartes, der Kreisausbilder sowie des Zugführers des Gefahrstoffzuges

(1) Die monatliche Aufwandsentschädigung des Kreisfeuerwehrinspektors besteht aus einem Grundbetrag in Höhe von 75 % des jeweiligen Höchstsatzes der Feuerwehr-Entschädigungs-VO vom 12.03.1991 in der jeweils geltenden Fassung zuzüglich des jeweiligen Zuschlags für jede im Kreisgebiet aufgestellte örtliche Feuerweereinheit und Werkfeuerwehr.

(2) Die Aufwandsentschädigung des ständigen Vertreters des Kreisfeuerwehrinspektors beträgt den hälftigen Teil der Aufwandsentschädigung des Kreisfeuerwehrinspektors, soweit er regelmäßig den hälftigen Teil der Aufgaben des Kreisfeuerwehrinspektors wahrnimmt.

(3) Nimmt der ständige Vertreter die Aufgaben des Kreisfeuerwehrinspektors voll wahr, so erhält er für diese Zeit der Vertretung eine Aufwandsentschädigung in gleicher Höhe wie der Kreisfeuerwehrinspekteur. Diese ist für jeden Tag in Form eines Dreißigstels des Monatsbetrages der Aufwandsentschädigung nach Abs. 1 zu berechnen. Eine nach Abs. 2 gewährte Aufwandsentschädigung ist anzurechnen.

(4) Der Kreisjugendfeuerwehrwart erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Form des in der Feuerwehr-Entschädigungs-VO ausgewiesenen Satzes.

(5) Die Kreisausbilder erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe des in der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung ausgewiesenen Satzes.

(6) Der Zugführer des Gefahrstoffzuges erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 33 1/3 % des jeweiligen Höchstsatzes eines Wehrführers.

(7) Der Leiter der luK-Gruppe erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 33 1/3 des jeweiligen Höchstsatzes eines Wehrführers.

§ 11

Aufwandsentschädigung des Patientenfürsprechers

Der Patientenfürsprecher erhält als Ersatz für bare Auslagen und für Zeitversäumnis eine Entschädigung in Höhe von monatlich 77,00 EUR.

§ 12 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 1. Juli 2009 in Kraft. Ausgenommen sind die Bestimmungen des § 5, die mit Wirkung vom 01. November 2009 in Kraft treten.

Gleichzeitig treten die Hauptsatzung des Landkreises Germersheim vom 12. Juli 2004 in der Fassung vom 16.12.2008, mit Ausnahme des § 5, sowie alle Satzungen und sonstigen Beschlüsse, die gleiche oder entgegenstehende Regelungen enthalten, außer Kraft.

Germersheim, den 1. Juli 2009

gez.: Dr. Fritz Brechtel

Landrat

Amtsblatt Landkreis Germersheim, 03.07.2009 (E-Mail-Version !)

Kreisverwaltung Germersheim, Luitpoldplatz 1, 76726 Germersheim *

Erscheinungsweise: Unregelmäßig je nach Veröffentlichungsbedarf * Vertrieb: Post-, Fax- u. E-Mailversand *

Redaktion/Ansprechpartnerin: C. Seyboldt/ A. Brune-Neumann Kreisverwaltung Germersheim,

Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Telefon 0 72 74 / 53-255, Telefax 0 72 74 / 53-15-255,

Email: presse@kreis-germersheim.de Internet: www.kreis-germersheim.de